



[Vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch](mailto:Vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch)

Bern, 31. März 2017

**Totalrevision der Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (MiVO-HF)**

**Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

**Die SVP lehnt diese Verordnungsrevision ab. Sie bietet keine nennenswerten Neuerungen und ist insofern überflüssig. Die Revision bleibt folglich auch hinter ihrem eigenen Anspruch zurück, die Prozesse zu vereinfachen.**

Die einzige Vereinfachung besteht in der Ausschaltung eines wichtigen demokratischen Elementes, indem die Integration von neuen Bildungsgängen in die Verordnung nicht mehr der Vernehmlassung unterworfen werden soll. Die Abschaffung dieser Hürde öffnet Tür und Tor für die Schaffung von zahllosen neuen, auch überflüssigen Bildungsgängen, die ausschliesslich auf die Interessen der jeweiligen Bildungsanbieter, nicht aber der Wirtschaft ausgerichtet sind.

Wenn schon eine Revision durchgeführt wird, fordern wir zumindest eine Änderung von Art. 9 Abs. 1 lit. g MiVO-HF dahingehend, dass Genderfragen nicht mehr im Rahmenlehrplan festgelegt werden müssen. Es ist nicht Sinn und Zweck von Gesetzen, die Diskussion von solchen hochideologisch belasteten Nebenfragen den mit Steuergeldern finanzierten Institutionen vorzuschreiben. Genderfragen haben weder mit der Fähigkeit zu vernetztem Denken, der Aneignung von Führungsqualitäten noch der Vertiefung von Spezialkenntnissen zu tun, welche gemäss Art. 1 bzw. Art. 7 MiVO-HF die Ausbildungsziele der HF-Bildungsgänge und Nachdiplomstudien sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Albert Rösti  
Nationalrat

Der Generalsekretär

Gabriel Lüchinger